

Rainer Rilling

Internet und Demokratie

1 Einleitung

Das Internet ist das einzige Massenmedium, das in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts neu entstanden ist. In den 90er Jahren hat sich das einst militärische, dann akademische Netz in ein weltweites großwirtschaftliches Projekt der Kommunikations-, Computer- und Unterhaltungsindustrie verwandelt, in das eine dreistellige Millionenzahl als Nutzer und Produzenten einbezogen ist. Anders als bei den klassischen Großtechnologien (Atom, Weltraum, Militär) ist die kurze Geschichte des Internets von Prophezeihungen einer neuen, direkten Demokratie begleitet: der US-Vizepräsident Al Gore sah ein „neues, athenisches Zeitalter der Demokratie“ heraufkommen, das „Time“-Magazine titelte von der „Hyperdemocracy“ und die Firma Microsoft gar bewarb jüngst ihre Software mit dem Versprechen auf die „ultimate democracy“. Nach der Epoche der athenischen direkten Demokratie und der indirekten, repräsentativen Demokratie komme nun die „dritte Epoche der Demokratie“ - die Ära der direkten elektronischen Demokratie¹.

Solche vollmundigen Etikettierungen können nun freilich tatsächlich auf Alltagserfahrungen zurückgreifen, denn die oft hervorgehobenen besonderen Eigenschaften der computervermittelten Kommunikation sind demokratiepolitisch bedeutsam. Diese Merkmale gelten auch für die politische Kommunikation:

- die leichte Zugänglichkeit zu lokal verfügbarer Datenverarbeitung und dezentralisierten Datenbeständen senkt die Zugangsschwellen für Informationen, wodurch die verfügbare politische Information rapide zunimmt;
- die Bereitstellung, Verteilung und Aufnahme politischer Informationen wird außerordentlich beschleunigt;
- die Selektivität bei der Nutzung und Verteilung politischer Informationen wird erhöht;
- durch Digitalisierung können bislang aufwendig auf verschiedene Medien verteilte Text-, Bild-, Video-, Sprach- und Datenkommunikationen effizient und relativ raum- und zeitunabhängig in einem "Monomedium" (Recke) zusammengefasst werden, so dass sich die individuellen Handlungsspielräume erweitern;
- es kommt zur Ausdünnung der Kommunikationshierarchien und Entwertung der bei klassischen politischen Medien (bzw. innerhalb von Institutionen und Organisationen) relevanten Filter und "Gatekeeper"-rollen, so daß die Themendefinition ("Agenda-Setting") demokratisiert und die klassische "Abwärtskommunikation" („one-to-many“) durch Aufwärtskommunikation und horizontale Kommunikation („many-to-many“) ergänzt wird; daher

¹ Gore, A., Rede von der International Telecommunications Union in Buenos Aires am 21. 3. 1994 (liegt auf dem Netz vor unter der Adresse: URL: www.itu.int/itudoc/itu-d/wtdc/wtdc1994/speech/gore_e_8303.txt); Time v. 23.1.1995, S.53; Grossman, L.K., The Electronic Republic: Reshaping Democracy in the Information Age, New York 1995. Vgl. auch McKie, J., Is Democracy at the Heart of IT? Commercial Perceptions of Technology; in: Sociological Research Online, 4/1996 (URL: www.socresonline.org.uk/socresonline/1/4/1.html).

- das Netz bietet interaktive und polydirektionale statt überwiegend distributive Formen politischer Kommunikation².

Das Netz gilt hier als Dimension und Werkzeug eines neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit, die global werde und universell, direkt und dezentriert, zwang- und zwanglos, diskursbewegt, anti-hierarchisch und beteiligungsintensiv. Unmittelbare Zugänglichkeit, Reichweite und Interaktivität sind nachhaltige Alltagserfahrungen in diesem Projekt eines individualisierten Massenmediums. Aus ihnen speisen sich jedoch zugleich ständig neue Illusionen über den politischen Charakter und das demokratische Potential des Internet. Drei Fragen stehen dabei zur Debatte: die Rolle

- der Politik für das Netz
- der Politik auf dem Netz
- des Netzes in der Politik.

2 Die politische Organisation des Internet

Das Internet war immer nur ein Ausschnitt aus der - auch zivilen - Welt der vernetzten Computer. Das spezifische Netzwerk Internet entstand innerhalb der militärischen Großforschung und -technik der USA, die bis in die 70er Jahre hinein weite Bereiche der amerikanischen Wissenschaft dominierte. Die frühen Entscheidungen über die Struktur und Entwicklung des Netzes waren letztlich Sache des US-Verteidigungsministeriums. Die wissenschaftspolitische Kultur und internen Entscheidungsprozeduren des Projektes ähnelten jedoch in vielerlei Hinsicht der Kultur der zivilen wissenschaftlichen Gemeinde - eine Eigenheit, die das Projekt Internet durchaus mit anderen Vorhaben der militärischen Großforschung der USA teilte. In dem Maße, wie die technische Organisation des Netzes seit den späten 70er und frühen 80er Jahren in die zivile Welt akademischer Einrichtungen überging und schrittweise internationalisiert wurde, bestimmte deren Kulturtradition der elitären und nach innen konsensorientierten akademischen Selbstverwaltung die Regeln und Entscheidungsprozesse der Internetorganisation. Das Internet verwandelte sich von einem vorrangig militärstaatlichen zu einem zivilstaatlichen Projekt. Damals entstand eine knappe Handvoll Einrichtungen, die bis heute für die formelle Organisation des Netzes steht. Die

² Vgl. Mambrey, P., Digitale Partizipation der Bürger; in: FIFF-Kommunikation 4/1996, S.10ff.; Bonchek, M.S., From Broadcast to Netcast: The Internet and the Flow of Political Information, Diss. MIT Cambridge 1996/7 (URL: www.ai.mit.edu/people/msb/thesis/contents.html); Geser, H., Auf dem Weg zur „Cyberdemocracy“? Auswirkungen der Computernetze auf die öffentliche politische Kommunikation, Zürich Juli 1996 (URL: www.unizh.ch/~geserweb/komoef/ftext.html); Buchstein, H., Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie; in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4/1966 S.583 ff.; Gösmann, S., Internet, Neue Medien und gesellschaftliche Veränderung, Berlin 1997 (URL: members.aol.com/xsven/home.html); Hagen, M., A Road to Electronic Democracy? - Politische Theorie, Politik und der Information Superhighway in den USA; in: Kleinsteuber, H.J., Der „Information Superhighway“. Amerikanische Visionen und Erfahrungen, Opladen 1966, S.63ff.; Van Bolhuis, H.E., Colom, V. (Hrsg.), Cyberspace Reflections, Brüssel 1995; Sardar, Z., Ravetz, J.R. (Hrsg.), Cyberfutures. Culture and Politics on the Information Highway, New York 1996; Leggewie, C., Netizens oder: der gut informierte Bürger heute. Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Chancen demokratischer Beteiligung im Internet - anhand US-amerikanischer und kanadischer Erfahrungen, Bonn 1996 (URL: www.iid.de/macht/beitraege/leggewie.html) mit ziemlich starker Abstützung auf London, S., Teledemocracy vs. Deliberative Democracy; in: Interpersonal Computing and Technology 2/1995 S.33-55 (URL: www.west.net/~insight/london/tele.htm); Kühnhardt, L., Wieviel Bytes verträgt die Demokratie? in: FOCUS 37/1996, S.75; Torres, A., Die große Illusion vom demokratischen Internet, in: Le monde diplomatique v. 10.11.1995; Grossman, L., The Electronic Republic, New York 1995; Miller, S.E., Civilizing Cyberspace: Policy, Power and the Information Highway, New York 1996; Keskinen, A. (Hrsg.), Teledemocracy - on Societal Impacts of Information Networks, Helsinki 1995; Winograd, M., Buffa, D., Taking Control. Politics in the Information Age, New York 1996

über 100 Mitglieder zählende 1992 gegründete Internet Society (ISOC) als die Organisation jener, die sich mit dem Internet befassen - ob Provider wie die Deutsche Telekom oder das Deutsche Forschungsnetz, Soft- und Hardwarekonzerne wie Intel oder Microsoft, Wissenschaftseinrichtungen oder staatliche Einrichtungen wie die Weltbank oder die Defense Information Systems Agency des US-Verteidigungsministeriums. Die ISOC beansprucht, das Internet als Ganzes zu repräsentieren. 10 der 15 Mitglieder des ISOC-Vorstandes kommen aus den USA, wo auch der Sitz der ISOC ist. Unter ihrem Dach arbeiten relativ selbständig drei weitere Organisationen: als weitaus wichtigste die 1986 gegründete Internet Engineering Task Force (IETF) als eine selbstorganisierte Gruppe jener, welche die technische Standards des Netzes entwickeln. Sie ist gegenwärtig in acht Untergruppen gegliedert, deren Direktoren die Internet Engineering Steering Group (IESG) bilden, die für das technische Management zuständig ist. Die IETF-Mitgliedschaft steht allen offen. Ihr Motto: „Könige, Präsidenten und Wahlen lehnen wir ab. Wir glauben an den ungefähren Konsens und den Fluß der Daten“ (We reject kings, presidents, and voting. We believe in rough consensus and running code.)“ Das IETF wählt 6 der 13 Mitglieder des 1983 gegründeten Internet Architecture Board (IAB), das die ISOC technisch berät. Für den Standardisierung wesentlich ist auch das von wissenschaftlichen Einrichtungen geführte, aber industrielle World Wide Web Consortium (W3C), das im Anwendungsbereich arbeitet³. Ihre Rechtfertigung beziehen diese Organisationen aus der Geschichte und ihrer erklärten Aufgabe, Wachstum und Funktionieren des Netzes technisch zu sichern.

Der neue Strukturwandel des Internets in den 90er Jahren steht für jene Transformation der US-Ökonomie, die MacKenzie Wark nicht nur ironisch als die Umwandlung des Militär-Industrie-Komplexes in den Militär-Unterhaltungs-Komplex bezeichnet hat⁴. Gleich in dreifacher Hinsicht wird seitdem die hergebrachte Internetorganisation untergraben: als Massenmedium werden die Inhalte, die nunmehr zumindest tendenziell die Arbeits- und Lebensweise von Millionen Menschen beeinflussen, politisch interessant. Ein staatliches Regulierungsinteresse wird präsent und beansprucht zunehmend Inhaltskontrolle. Zugleich wird das Netz sowohl für die Inhaltsanbieter (Content Provider) als auch für die Produzenten der technischen Infrastruktur zum neuen Feld großer Kapitalanlagen - ein Vorgang, der sich im andauernden Transfer operativer Aufgaben und Netzwerke auf privatkapitalistische Anbieter oder in der aktuellen Auseinandersetzung um die Zuteilung von Namen (Netzadressen) reflektiert. Jeder Computer ist mit einer weltweit eindeutigen sog. IP-Adresse (eine 32 bit umfassende Nummer) identifizierbar, denen als „Merkhilfe“ (Recke) Namen zugeordnet werden, die zentral registriert werden. Der Computer bzw. Host-Name wird durch einen Domänen- oder Bereichsnamen ergänzt. Der sog. Domain Name Service (DNS) wurde vor über einem Jahrzehnt eingeführt, als es einige Hundert Netzrechner gab - Ende 1996 waren es jedoch über 12 Millionen⁵. Mittlerweile ging die Namensregistrierung von der staatlichen National Science Foundation in die Hände der privaten Firma Network Solutions Incorporated (NSI) über, die seit 1995 der SAIC gehört - einer der wichtigsten Beratungsfirmen des US-Verteidigungsministeriums. Im Herbst 95 begann die NSI als Betreiber der Namensregistratur InterNIC, pro Domäne und Jahr 50 \$ zu kassieren - ein Internetdienst wurde unversehens hochprofitabel (geschätzte Einnahmen aus

³ Vgl. Martin, B.: Who Controls the Internet? In: Cybernetics Digest 10 (1996) S.4ff. Zu den genannten Organisationen siehe URL: www.isoc.org.

⁴ Wark, M., Snow White and the Seven Giants. The Information Superhighway (URL: www.mcs.mq.edu.au/Staff/mwark/warchive/21*C/21c-infobahn.html).

⁵ Auf der obersten Ebene gibt es Länderdomänen wie .de oder .uk; weiterhin die nur in den USA zugelassenen Domänen .gov und .mil; weiterhin .edu, .com, .org - die internationale Kennungen sind, aber meist in den USA genutzt werden - sowie .net und .int.

Registrierung 1997 fast 500 Mio \$). Bisher waren das InterNic und andere Registraturen dem Prinzip: first come, first serve gefolgt. Doch nun wurde begonnen, das Warenzeichenrecht auf Domännennamen abzubilden. NSI kündigte in ihrer domain name policy vom 23.7.95 an, den Besitzern von Warenzeichenrechten ein vorrangiges Recht auf Domännennamen zu geben. Domännennamen bekamen Wert. Nun begann die Diskussion um neue Namensräume, die als Produkte verstanden werden. In den Entscheidungsprozess wurden eine Reihe von weiteren internationalen Organisationen, wodurch eine Zusatzlegitimation erreicht werden sollte, bevor der ganze Prozess in den staatlichen oder privatkapitalistischen Raum abwandert⁶. So konfiguriert sich in den 90er Jahren ein erweitertes, sich rasch verdichtendes elitenplurales Akteursnetz, über das sich rechtliche, technische und ökonomische Entscheidungsprozesse verwirklichen. Daneben entstehen mit der Internationalisierung des Netzes neue regionale Machtzentren in Westeuropa und Asien mit großen Spielräumen. Seit 1994/5 hat sich dieses Akteursnetz deutlich institutionalisiert und stabilisiert. Verglichen mit anderen großtechnischen Systemen hat diese Struktur jedoch deutliche Paradoxien: sie ist transparenter und zugleich informeller, zentralistischer und zugleich „nach unten offen“⁷, durchsetzungsschwächer und zugleich hoch akzeptiert, da mit einer robusten Kultur technischer Effizienzorientierung gepanzert. Konflikte können in dem expandierenden System durch Verteilung der Zuwächse noch relativ leicht gelöst werden. Nationale und internationale politischen Instanzen, die mit traditionellen Verfahren demokratisch legitimiert sind, haben auf diese Struktur kaum Einfluß. Staatliche Netzpolitik ist seit dem Bedeutungsverlust der militärischen Instanzen und der Internationalisierung des Internets weit zugriffs- und steuerungsschwächer geworden.

3 Die Rolle der Politik auf dem Netz

3.1. Politische Netzöffentlichkeit

Sicherlich ist alles, was auf und mit dem Netz geschieht, politisch relevant und natürlich berühren zahlreiche Sites und Kommunikationspraxen auf dem Netz politische Probleme. Wenn wir jedoch zurückhaltend nur nach expliziter Politik auf dem Netz fragen, dann ergibt sich eine ernüchternde Bilanz: im Projekt Internet spielt Politik eine völlig periphere Rolle.

- Die vergleichsweise politische Mailboxszene als das politische Pionierprojekt computervermittelter Kommunikation ist zwar durchaus expansiv, ihre relative Bedeutung gegenüber dem explodierenden Gesamtunternehmen Internet hat jedoch seit 1994 dramatisch abgenommen.
- Nach dem Verzeichnis www.liszt.com gibt es momentan ca. 70 000 Mailing-Listen und etwa 16 000 Newsgroups. Bei einer Recherche zum Themenbereich „Politik“ gab es am 30.11.1996 gerade 335 Nennungen [0,4 %].

⁶ Zusammenfassend hierzu: Recke, M., Identität zu verkaufen. Probleme und Entwicklungsoptionen des Internet Domain Name Service (DNS), Berlin 1996 (Url: userpage.fu-berlin.de/~mr94/dns/); Shaw, R., Internet Domain Names: Whose Domain is This?, Cambridge, Mass., September 1996 (URL: www.itu.int/intreg/dns.html). Im Februar 97 wurde von der IAHC vorgeschlagen, auf der obersten Ebene sieben weitere Domänenkennungen vorzuschlagen (.rec.,arts.,info.,.firm, .store, .web, .nom).

⁷ Technische Dezentralität und leichte Zutrittsmöglichkeiten dürfen nicht mit demokratische Verfahren der Bestellung und Entscheidung gleichgesetzt werden, vgl. Doctor, R.D., Hardy, C.V., Democracy and Governance in Computerized Community Information Systems, Alabama Mai 1996 (URL: www.laplaza.org/cn/local/doctor2.html), deren Untersuchung von 25 computerisierten Stadtinformationssystemen ergab: "Viele werden selbst undemokratisch regiert. 80 %...werden durch Vorstände regiert, die sich selbst ernannt haben. Mitglieder oder Nutzer haben bei der Regierung dieser Systeme keine formale Stimme."

- Von den über 300 000 World-Wide-Web (WWW)-Sites schlagen zum Thema "elektronische Demokratie" oder "Teledemocracy" ein knappes Dutzend zu Buche, unter denen nur ein WWW-Site - das „[Teledemocracy Action Network](#)“ - und eine Diskussionsliste ([ISPO](#)) als informativ, aktuell und ständig betreut auffallen⁸.
- In den Ranglisten verbreiteter Spezialverzeichnisse, die Häufigkeiten der Zugriffe auf Netzangebote dokumentieren, kommen politische Angebote nicht vor.⁹

Die Explosion der Zahl kommerzieller Domänen (die mittlerweile weit mehr als die Hälfte der Netzanbieter ausmachen) und der Millionen Unterhaltungs- und Homepages weist den politischen Netzprojekten einen vollständig marginalen Rang zu. Für die Angebotsseite rubrizierte das führende US-Verzeichnis [www.yahoo.com](#) am 28. November 1996 eben 7104 von wohl über 200000 US-amerikanischen WWW-Sites unter die Kategorie "Government"; zum selben Zeitpunkt machten im deutschen [yahoo.de](#) - Verzeichnis die 653 Angebote unter der Rubrik "Staat und Politik" bestenfalls ein halbes Prozent der dort erfassten weit über 100 000 Angebote aus. Der Marburger Katalog „[Wissenschaft plus Politik](#)“, der zusammen mit dem anders gelagerten Verzeichnis der Friedrich-Ebert-Stiftung das größte einschlägige Verzeichnis hierzulande ist, listet ca. 1200 politische Sites auf - ca. 430 davon können als bundesdeutsche politische Web-Angebote gelten, hinzukommt eine nicht sonderlich dreistellige Anzahl von Mailing-Listen und Newsgroups. Zu diesen ihrem expliziten selbstverständnis nach politischen Angeboten zählen etwa 160 bundesdeutsche gewerkschaftliche und linke WWW-Angebote, Listen und Newsgroups. Insgesamt dürfte der Anteil politischer Sites in der Bundesrepublik bei gut einem halben Prozent liegen, in den USA sind es höchstens 2 Prozent¹⁰.

Wie steht es um die Nutzung? Eine Auswertung der bei B. Batinic¹¹ zusammengestellten über 100 Umfragen zur Nutzung der Netze zeigt, daß für sie Politik kein Thema ist - sie klammern den politischen Bereich fast ausnahmslos aus. Zwar steht die Nutzung des Netzes als Informationsmedium durchaus gleichrangig gegenüber simplem „Surfen“, Unterhaltung, Weiterbildung, Shopping oder dem Herunterladen von Software. Im Zentrum stehen dabei jedoch die allgemeinen Netzangebote etablierter Medien (CNN, Time, Nationale Zeitungen usw.), spezialisierte politische Netzangebote wie z.B. der Web-Site [PoliticsUSA](#) oder die Netzangebote staatlicher Stellen und politischer Organisationen werden demgegenüber nur marginal wahrgenommen.¹² Zu einzelnen dieser Sites liegen nähere Nutzungsangaben vor. Einer der wichtigsten politischen Web-

⁸ URL der Diskussionsliste „[Elektronische Demokratie](#)“ des EG-Büros Informationsgesellschaft: [www.ispo.cec.be/ispo/electdemodl.html](#); das „[Teledemocracy Action News + Network](#)“ ist erreichbar unter [www.auburn.edu/tann](#).

⁹ Vgl. die Verzeichnisse [Web-Counter Top 100 List](#) (URL: [www.digits.com/top](#)), [Webhits](#) (URL: [www.b-online.de/webhits/](#)) und [100hot Websites](#) (URL: [www.100hot.com](#)) sowie die Zusammenstellung der am häufigsten eingegebenen Suchbegriffe der [Kolibri](#)-Suchmaschine vom Dezember 1996 (URL: [www.kolibri.de/noframes/detopten.html](#)). Nirgends (!) kommen politische Angebote vor, es dominieren Pornografie, Unterhaltungsangebote, Medien und netzbezogene Sites.

¹⁰ URL von „[W plus P](#)“: [staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/home.html](#) und der Friedrich-Ebert-Stiftung: [www.fes.gmd.de](#). Die politisch engagierte Netzgemeinde in der BRD ist offenbar so klein, dass Anfang 97 das einzig relativ stark auf gesellschaftspolitische Diskussionen setzende Internetmagazin „[pl@net](#)“ mit wohl ca. 6000 verkauften Exemplaren einen Kurswechsel ankündigte und nun mit Technik, Tips und Tricks Marktexpansion betreibt.

¹¹ URL: [www.psychol.uni-giessen.de/~Batinic/survey/fra_andr.htm](#)

¹² Vgl. die 6. WWW-Umfrage des [GVU](#) (Georgia Institute of Technology) vom Oktober/November 1996, wonach nur 8,56 % von über 15 000 Antwortenden das WWW-Angebot des Weißen Hauses, 5,51 % den Web-Server „Thomas“ des US-Parlaments und 3,34 % „Fedworld“ (Verzeichnis aller staatlichen elektronischen Angebote) nutzen. Nur 2 % nutzten das Angebot des „Weißen Hauses“ „häufig“. Immerhin 20 % jedoch hatten bereits E-Mails an Politiker gesandt (Europa: 5 %). (URL: [www.cc.gatech.edu/gvu/](#)). Trotz wachsender Nutzerzahlen ist die Reichweite des Netzes begrenzt: ein Werbespot bei NBC erreicht eine Zuschaueremenge, die der weltweiten Netzgemeinde entspricht.

Server mit gegenwärtig über 200 000 Zugriffen im Monat ist der Server "Thomas" des US-Kongresses, dessen Einrichtung Anfang 1995 für den parlamentarischen Sprecher der Republikaner Newt Gingrich für eine Machtverlagerung vom Washingtoner Machtgürtel zur Bürgerschaft stand. Eine Fülle parlamentarischer und außerparlamentarischer Dokumente sind problemlos zu erhalten - demgegenüber ist das inhaltliche Netzangebot des bundesdeutschen Parlaments kärglich. Von „Thomas“ wurden zwischen dem 7. März 1996 und dem 28. November 1996 über 22 Millionen Files übertragen. Die bundesdeutschen politischen WWW-Sites können von solchen Zugriffshäufigkeiten nur träumen. Zu hören ist, daß Greenpeace Deutschland täglich 5000 Kontakte vermeldet - was etwa 400 Personen entspräche, Amnesty International spricht von 6000 Zugriffen. Die SPD vermeldete 120 000 Hits pro Monat, der FDP war das Einklicken von täglich so gerade mal 50 Leuten in ihre Homepage eine Pressemitteilung wert, das Bundespresseamt notierte im Herbst 1996 5000 Abrufe pro Tag und das gut propagierte Berliner Projekt "Parlamentarier im Internet" gab an, daß es binnen eines Jahres knapp 500 000 Aufrufe hatte¹³. Ein vergleichsweise politischer akademischer Site wie "Wissenschaft plus Politik" zählt momentan zwischen 30 und 200 Zugriffen am Tag. Würde der Site heißen "PolitikplusSex-XXX.com" wäre das die Zugriffshäufigkeit pro Sekunde - die Suchmaschine Infoseek notierte am Morgen nach Bill Clinton`s Wiederwahl am 6.11.1996: „More people use infoseek finding Pamela Anderson than Bill Clinton. Sorry for that, Bill.“

Wer ist es, der sich da politisch einklickt, zugreift, kopiert, transferiert - und vielleicht sogar liest? Die Server-Statistik von "Thomas" vermerkt, daß mehr als die Hälfte des erfaßten Datentransfers in 1996 aus den .com, .gov, mil. und .edu-Domänen kam - und gerade mal 2,56 % aus dem .org-Bereich, der, wenn wir Newt Gingrich glauben wollten, noch am ehesten als Organisationsfeld der "Bürgerschaft" gelten könnte. Diese Angaben lassen vermuten, daß computervermittelte politische Kommunikation innerhalb des Staatsapparats und zwischen Wirtschaft und Politik erfolgt, andere gesellschaftliche Teilsysteme daran demgegenüber nur gering partizipieren. Das zeigt kaum Machtverlagerung an, viel eher werden hier Umstiege auf ein anderes Kommunikationsmedium oder Kommunikationsverdichtung bzw. -steigerung zwischen den existierenden Zentren Business und Politik deutlich. Die wenigen vorhandenen Untersuchungen sprechen zudem dafür, daß die politische Netznutzung auf einen politisch ohnehin weit überdurchschnittlich engagierten Kreis begrenzt ist und die verbreitete Annahme kaum belegt ist, wonach das neue Medium bislang unpolitische Personenkreise in die Politik involviere¹⁴.

3.2. Akteure politischer Netzkommunikation

Welche Art von Politik wird hier kommuniziert? Drei Gruppen sind präsent:

¹³ internet-magazin 9/96, S.8, pl@net 9/1996 S.26, 28, 30; Süddeutsche Zeitung v. 27.8.1996. Spiegel und Focus vermerken demgegenüber 600-900 000 Seitenaufrufe., s. pl@net 9/96. Vor der Sommerpause 1996 beschloss der Ältestenrat des Bundestages, in den Aufbau eines Intranets und des WWW-Angebots des Bundestages 1,9 Mio DM (!) zu investieren.

¹⁴ Vgl. neben der 6. GUV-Umfrage die Fallstudie von Klinenberg, E., Perrin, A., Symbolic Politics in the Information Age. The 1996 Presidential Campaigns on the Web, Berkeley 1996 (URL: demog.berkeley.edu/~aperrin/infosociety.html) sowie Bimber, B., The Internet and Political Transformation, Santa Barbara 1996 (URL: www.sscf.ucsb.edu/~survey1/poltran2.htm); ders., Politics on the Net: Is there a Theoretical Foundation for the Speculation?, Santa Barbara 1996 (URL: www.sscf.ucsb.edu/~survey1/net-politics.html). Angesichts dieser Nutzungszahlen ist politische Konsumentendemokratie - also Einflussnahme auf die Angebotsseite des Marktes politischer Kommunikation durch die Nachfrager (Nutzer) - eine Illusion: „Aktiv werden können sie beim Abrufen von Informationen, und dabei sind sie für die anderen Nutzer fast unsichtbar. Sie haben sicherlich einen Anteil daran, welche Informationsangebote durch hohe Nutzerzahlen populär werden, aber das ist nur eine sehr indirekte Art der Einflußnahme.“ Köhntopp, K., Wer beherrscht das Internet?, in: Rost, M. (Hrsg.), Die Netz-Revolution: Auf dem Weg in die Weltgesellschaft, Frankfurt 1996, S. 68.

- es dominieren Angebote / Projekte politischer Abwärts-Information und Propaganda bzw. des politischen Marketings - dafür steht das Gros parlamentarischer, exekutiver und parteieigener Web-Projekte¹⁵; sodann gibt es
- Projekte zur Rationalisierung politischer Kommunikation ("bürgernahe Verwaltung") mit bestenfalls konsultativem und legitimationsbeschaffendem Charakter.
- Angebote / Projekte gesellschaftlicher Organisationen und Initiativen (virtuelle Städte und Dörfer, Elektronisches Wählen, Cybercampaigning), die auf bottom-up-Meinungs- und Willensbildung zielen, sind demgegenüber mittlerweile zwar keineswegs irrelevant, aber deutlich minderrangiger und weit weniger sichtbar.

Drei Kategorien politischen Akteure prägen schon jetzt und vor allem zukünftig die Arena politischer Netzkommunikation:

- mit Abstand an erster Stelle große Inhaltsanbieter (Content-Provider), die Politik als mitlaufendes aktuelles Infotainment verkaufen - Frohsinnsprovider mit sozialverträglichen Bildern und Audiorauschen: die Kommerzialisierung der Politik als Nebeneffekt der Kommerzialisierung der öffentlichen Sphäre wird von ihnen getragen.
- kapitalstarke politische Netzunternehmer, die imstande sind, große zentralisierte Netzwerke mit schwachen Bindungen ("weak publics") zu organisieren. Nur sie sind imstande, die großen Mengen an Daten über Menschen und deren Eigenschaften, Interessen und Interaktionen zu bearbeiten (und zu kontrollieren), die das Internet bereitstellt. Und nur sie können Netzinteraktivität in massenpolitisch handhabbare zielgruppen- und zielpersonspezifische Feedbacks umwandeln und im übrigen die Installierung solcher Feedbackmechanismen als politische Partizipation inszenieren. Dabei wird es auch „Politikinformatiionsunternehmen“ geben, die z.B. ihren politischen Kunden exklusiv und werbungsfrei „unter einem Passwort Sonderinformationen und direkte Kommunikation zu Machträgern vermitteln“¹⁶. Schließlich
- Aktivbürger und marginalisierte politische Akteure, die sich die Kosten- und Verbreitungsvorteile des Netzes nischenpolitisch für Spezialöffentlichkeiten zunutze machen können. Ihre Sichtbarkeit und ihre Kapazität zur Erhebung und Verarbeitung politischer Daten sind weitaus geringer.

Kein aufmunternder Befund. Wie begrenzt die Reichweite des Projekts einer computervermittelten Demokratisierung der Sphäre der Politik ist, zeigen zwei Beispiele. Die elektronische Demokratisierung des Parlamentarismus im Sinne einer liberalen Demokratietheorie, die auf eine wechselseitige Begrenzung und Kontrolle aus ist, steht auf keiner Agenda der offiziellen bundesdeutschen Netzpolitik - eine durch das Projekt PARLAKOM in den 80er Jahren u.a. angestrebte elektronische Kontrolle der Regierung durch das Parlament blieb in den ersten Ansätzen stecken. Und sieht man vom "virtuellen Ortsverein" der SPD ab, dann hat keiner der zwischen 1994-1997 entstandenen Web-Sites der bundesdeutschen Parteien, großen politischen Verbände und staatlichen Einrichtungen seine Entstehung, Struktur und Funktionsweise auf dem Netz selbst durchsichtig gemacht - dem dort zumeist propagierten Selbstanspruch

¹⁵ Vgl. das aktuelle Adressenverzeichnis im Kapitel „Official and other political Places“ im „W plus P“-Katalog. Eine Netzöffentlichkeit, welche die Netzangebote der gegenwärtigen Regierung kritisch auf Neutralität, Unparteilichkeit, Verantwortlichkeit usw. beäugt, existiert nicht.

¹⁶ Burkert, H., „Elektronische Demokratie“, St. Gallen 21.1.1997. URL: www.gmd.de/People/Herbert.Burkert./ED.html.

zuwider. Mehr noch: vormalige Strukturen interaktiver, innerorganisatorischer Netzkommunikation wurden zugunsten einer WWW-Politik mit überwiegendem top-down-Zugang zurückgedrängt. Weder das WWW-Angebots des Deutschen Bundestages noch das der Parteien stellte im übrigen allen Abgeordneten frei gestaltbare eigene WWW-Seiten zur Verfügung.

In diesen Defiziten reflektiert sich der mittlerweile dominierende Umbau des Netzes zu einem Verteilmedium. Ein wesentlicher Grund für diese Veränderung ist die Entwicklung des multimedialen WWW zur allgemeinen Benutzerschnittstelle des Netzes: das WWW transformiert das Netz in ein Medium, das die Konsumtion oder Nutzung außerordentlich demokratisiert, die Produktion jedoch mittlerweile durch die Implementierung einer differenzierten und hochprofessionalisierten technischen Kultur dramatisch rehierarchisiert, deren Aneignung immer mehr ökonomisches und soziales Kapital voraussetzt, das von Privatpersonen nicht mehr realisierbar ist. Damit wird das Zentrum des Interaktivitätsversprechens des neuen Mediums zerstört: der unschwere Rollenwechsel zwischen Produktion und Konsumtion. Die - oft dokumentierten - realgesellschaftlichen Ungleichheiten kommen spätestens dann massiv ins Spiel, wenn es um die Verteilung politischer Angebotsmacht im neuen Informationsraum geht.

3.3. Spaltung politischer Kommunikation

Die gängige Abstraktion von den realgesellschaftlichen, materiellen Voraussetzungen politischer Gleichheit, die ihrerseits erst politischer Partizipation verallgemeinerbar machen, ist fester Bestandteil der Illusionsrhetorik der schönen neuen Netzwelt. Demgegenüber muß auf grundlegende Ungleichheiten verwiesen werden, die den neuen Informationsraum auszeichnen und die nur in wenigen Fällen als Übergangsphänomen der Konstitutionsphase des Netzes als Massenmedium begriffen werden können.

Es geht um Ungleichheit

- in der Verfügung über die der Netzkommunikation vorausgesetzten Basisressourcen (Energie, Telefon usw.) - die nur bei ca. einem Fünftel der Weltbevölkerung vorliegt: die Hälfte der Menschheit hatte noch nicht einen Telephonhörer in der Hand¹⁷
- in der geographischen Verteilung der Standorte der Netzwerkcomputer weltweit und innergesellschaftlich - die ganze Kontinente (Afrika) und geopolitische Großräume ausblendet und statt dessen im lokalen wie globalen Maßstab bereits vorhandene Knoten und Routen hoher Kommunikationsdichte untersetzt¹⁸
- im Eigentum an Übertragungsnetzen, Servern, Operationssystemen usw. - das ganz analog zur historischen Entwicklung der politischen Ökonomie der Printmedien, des Radios und des Fernsehens den Weg von öffentlichen und privatem Kleineigentum zum monopolförmigen Großeigentum geht¹⁹

¹⁷ Detailliert Afemann, U.: Verschärfung bestehender Ungleichheiten. Zur Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologien in der „Dritten Welt“ am Beispiel des Internet; in: Forum Wissenschaft 1/1996, S.21ff. URL: www.rz.uni-osnabrueck.de/rz/special/misc/inet-3w/inet-3w.htm

¹⁸ Das TAUB Urban Research Center der New York University veröffentlichte im Spetember 1996 eine Studie Gewinner und Verlierer auf dem Netz (Moss, M.L., Townsend, A., Leaders and Losers on the Net, New York 16.9.1996, URL:www.nyu.edu/urban/research/internet/internet.html), wonach die Hälfte aller US-Hosts in nur fünf Bundesstaaten stehen und ein Drittel aller Hosts (rund 400 000) sich auf fünf große urbane Gebiete konzentrieren. Silicon Valley, Middlesex County (Route 128), Los Angeles County (High-tech-Spezialeffekte für die Filmindustrie) und Manhattan (WWW-Site-Entwickler) stehen dabei voran. In Städten wie Houston, Miami, Detroit oder New Orleans gibt es kaum Hosts.

¹⁹ Vgl. McChesney, R.M., The Internet and U.S. Communication Policy-Making in Historical and Critical Perspective, in: JCMC 1/1995, URL: shum.huji.ac.il/jcmc/vol1/issue4/mcchesney.html.

- in der politische Herrschaft über die institutionellen Arrangements der Netze - die, wie das Beispiel der Corporation- und Communitynetze zeigt, demokratisch kaum legitimiert sind
- in der Geschlechter-, Sozial- und Qualifikationsstruktur der NetznutzerInnen und individuellen Provider, die weltweit einen vielfach belegten starken Bias zugunsten der Frauen und vor allem geringer Qualifizierten aufweist²⁰
- in den Zugängen zu Bandbreiten bzw. Übertragungsgeschwindigkeiten und damit in den Möglichkeiten, an neuen hochschwelligem Netzkreisläufen teilhaben zu können
- in der technischen, kulturellen, sozialen und kommunikativen Kompetenz und der Beherrschung der englischen Sprache
- in der Zeichenausstattung, d.h. Namensgebung und ihrer Beziehung zu Realnamen bzw. am Eigentum (Copyright) am Content: Bilder, Texte, Zeichen sind bekanntlich nicht frei, sondern in Eigentumsverhältnisse verwickelt, die sich auch auf dem Netz reproduzieren.

Diese Ungleichheiten begründen, warum das gegenwärtig etwas mehr als 1 % der Weltbevölkerung ansprechende Netz - je weiter es sich entwickelt - vor allem jene repräsentiert, die realgesellschaftlich Ressourcen mobilisieren können und schon dort als starke Institutionen präsent sind. Es geht nicht darum, die Spaltung der politischen Informations- und Kommunikationsgesellschaft in „Media-Rich“ und „Media-Poor“ zu vermeiden - sie ist eine stabile Tatsache.

3.4. Hypertext, Links und Politik

Empirisches Wissen über - auch politische - Netzöffentlichkeit liegt bisher kaum vor. Welche politischen WWW-Sites von wem, zu welchem Zweck, wie lange, unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen besucht werden, ist unbekannt. Begeben wir uns also in den Informationsraum hinein und fragen, ob er Eigenschaften hat, die dort - und nirgendwo sonst - existieren und ob diese eine politische Implikation haben. Als auszeichnende Eigenschaft des WWW wird die Hypertext- bzw. Verweistruktur angesehen, durch die Verknüpfungen innerhalb oder zwischen - u.U. weit entfernten - Dokumenten hergestellt werden. Keine der über 70 Millionen WWW-Seiten ohne „Links“. Welche politische Bedeutung hat diese Verweispraxis? Links strukturieren die Verteilung von Sichtbarkeit, Aufmerksamkeit und schließlich Anerkennung - zum Beispiel für ein inhaltliches Angebot - im Informationsraum. Netzreputation - oder soziales Netzkapital - entsteht durch kompetente (d.h. Wissen über den Inhalt des Informationsraums anzeigende) Verweise auf andere/s und Verweise anderer auf sich selbst. Wer anerkannt ist, nimmt im Informationsraum tendentiell eine zentrale Position ein. Reputation schafft Zentralität, Zentralität generiert Reputation. Netzspezifische Reputation kann nur durch Zentralität im Verweissystem (übrigens auch durch das Verschenken von Software im Tausch gegen Links - die Netscape-Methode) entstehen. Ein Prozess, der für die erste Frühphase der politischen Geschichte des WWW-Netzes bis etwa 1994 typisch ist, in der die verschiedenen - militärischen und privaten - Akteure des right side of the Web²¹

²⁰ Vgl. zur Bundesrepublik Zimmer, J.: Profile und Potentiale der Onlinenutzung, in: Media Perspektiven 9/1996, S.487.

²¹ Vgl. zur damaligen Situation Rilling, R., On the other Side of the Web..., in: Forum Wissenschaft 1/1995 S.20ff.

gegenüber einem kaum präsenten sonstigen politischen Spektrum das Netz politisch repräsentierten. Netzunspezifische Reputation demgegenüber kann irgendwoher kommen und Zentralität herstellen; dafür stehen Großorganisationen, Institutionen, Parteien usw., die das Netz seitdem in der zweiten Phase seiner politischen Entwicklungsgeschichte seit 1994/5 kolonisieren und aus ihrer importierten Reputation äußerst schnell Zentralität begründen. Die politische Mitte bevölkert seitdem das Netz. Zunehmend parallel verläuft mittlerweile bereits eine dritte Phase: Demonstration von Verweiskompetenz seitens der „eingewanderten“ Akteure, die ihre Position nutzen, um eine eigene Verweisstruktur aufzubauen und damit netzsystemspezifische Verweiskompetenz zu demonstrieren, also zusätzliche - doppelte - Zentralität zu generieren. Damit positionieren sie sich als starke Netzakteure, die Einfluß ausüben können. Die Tausenden von selbst bezahlten und -gemachten Web-Home-Pages, die Verweise auf das "white.house.gov" oder "www.cdu.de" setzen, konstituieren zentrale Knoten der Aufmerksamkeitsverteilung und sind zugleich ein Versuch, eine periphere Position im Informationsraum zu verlassen. Die technische Logik der globalen Hypertextmaschine WWW hat also womöglich politische Implikationen: sie orientiert auf das politische Zentrum.

Die Relevanz von Websites im Informationsraum lässt sich somit nicht nur - wie üblich - durch die schwer zu bestimmende Anzahl, Verweildauer und den Charakter der Zugriffe auf einzelne Angebote bestimmen. Hier wird die Netzpraxis der Medienkonsumenten sichtbar. Prioritätensetzungen durch jene, die selbst durch die Einrichtung von Webseiten aktiv als Medienproduzenten tätig sind, werden durch die Verweise deutlich, die sie einrichten. Die Positionierung der politischen Sites im Informationsraum lässt sich daher auch durch eine Rekonstruktion des Verweissystems ermitteln. Ein solches Verfahren wirft zahlreiche methodische Probleme auf und ist bislang kaum versucht worden²². Die folgende Tabelle stellt die Ergebnisse einer Recherche mithilfe der Suchmaschine Infoseek (Ultraseek) am 8. Februar 1997 zusammen; sie zeigt die Anzahl der Verweise auf ausgewählte Websites²³. Es zeigt sich, daß

- auch auf die „sichtbarsten“ bundesdeutschen politische WWW-Sites zehn bis zwanzig Mal weniger verwiesen als auf die vergleichbaren politischen Sites in den USA
- die deutschen politischen Netzprojekte weit schwächer als die ökonomischen und netzbezogenen (Medien, Softwareanbieter, Suchhilfen) Sites verlinkt sind
- ressourcenstarke institutionelle Anbieter (Staat, Parteien), die zumeist erst seit 1994/5 auf dem Netz präsent sind, in kurzer Zeit sich zentral positionieren konnten
- gesellschaftliche Organisationen wie die Gewerkschaften oder Umweltverbände demgegenüber (wie auch gegenüber der in kurzer Zeit installierten, nur zum Teil

²² Larson, R.R., Bibliometrics of the World Wide Web: An Exploratory Analysis of the Intellectual Structure of Cyberspace (1996), URL: sherlock.berkeley.edu/asis96/asis96.html.

²³ Infoseek indizierte Anfang 1997 ca. 50 Millionen Datensätze und damit natürlich nur einen Ausschnitt aus der unbekanntem Gesamtmenge der Dokumente, die im HTML-Format als WWW-Angebote vorliegen. Dokumente auf US-amerikanischen und englischsprachigen Servern werden offensichtlich vorrangig indiziert. Da andere vergleichbare Suchmaschinen eine solche Recherche nicht ermöglichen, ist eine Gegenkontrolle gegenwärtig nicht möglich. Die Tabelle dokumentiert nur externe Verweise und schließt interne Selbstverweise weitgehend, aber nicht vollständig aus; insgesamt ist der Grad der Verweisvernetzung höher anzusetzen, als hier dokumentiert - das betrifft vor allem auch dezentrale Pages (z.B. Solinet). Einzelne Angebote (z.B. Bü 90/ Die Grünen) sind wegen neuer Adressen aktuell gering vernetzt, andere Angebote sind relativ neu und daher noch relativ wenig sichtbar (z.B. das WWW-Angebot des DGB). Die gewerkschaftlichen Angebote bieten viel Verweise untereinander, tun sich jedoch mit Verweisen auf kooperierende politische Milieus eher schwer: ein organisationstraditioneller Reflex. Eine themenpolitische Arbeitsteilung, wie sie z.B. der DIHT auf dem WWW entwickelt hat, steht noch aus. Im übrigen wird die elektronische Vernetzung unterhalb der WWW-Ebene z.B. der rechtsradikalen und faschistischen Netzszene hier natürlich nicht erfasst. Sie ist beträchtlich.

professionellen Netzpräsenz der Wirtschaft und ihrer Verbände wie z.B. dem DIHT) eine deutlich nachrangige oder praktisch keine Rolle spielen

- jedoch einzelne ressourcenschwache Anbieter durch frühzeitige Präsenz, inhaltlich kompetente bzw. konkurrenzlose Initiativangebote (z.B. GEW Baden-Württemberg [U. Tichy], HBV-Projekte [W. Hölzer], IG Metall, NADIR) oder aktive Vernetzungspolitik (z .B. BASIN als Vernetzungsprojekt der Studierenden) eine relativ hohe Sichtbarkeit erreichen können; hier zeigen sich noch haltbare Konturen einer konkurrierenden Netzöffentlichkeit.

<u>Positonierung politischer Web-Sites im Verweisraum</u>			
<u>Bundesrepublik Deutschland</u>		<u>International / USA</u>	
<u>Staatliche Sites / Server</u>			
Bundestag	994	Weisses Haus	26820
Bundesregierung	342	THOMAS (Kongress)	14490
Bundespräsident	242	UNO	4515
MdB im Internet - Projekt	769	National Security Agency NSA	1337
AA	465	NATO	218
BM Wirtschaft	75		
BM Arbeit	16		
BM Bildung	421		
BM Verteidigung	169		
Bundeswehr	106		
BM Finanzen	11		
BM Gesundheit	85		
BM Gesundheit	85		
BM Verkehr	84		
<u>Parteien</u>			
CDU	584	Republikaner (USA)	3001
CDU- Bundestag Fr.	96	Labour Party (UK)	143
RCDS	106	Partei der Arbeit (NL)	460
Junge Union	209	PDS (Italien)	349
Kon. Aden. Stftg.	39	PCF (Fr)	183
SPD	851	ANC	849
SPD-Bundestag Fr.	222	Zapatista	616
SPD-Virtueller Ortsverein	167	Front National (Fr)	33
Friedrich-Ebert-Stiftung	353		
B`90/DIE GRÜNEN	173		
B`90/DIE GRÜNEN Bundestag Fr.	10		
FDP	415		
PDS	141		
PDS im Bundestag	60		
<u>Verbände / Organisationen/Server</u>			
<u>Gewerkschaften</u>			
DGB	50	AFL-CIO (USA)	915
IG Metall	107	Industrial Workers of the World IWW (USA)	482
IG Medien (LB Bln.-Brandenburg)	22	Trade Union Congress (UK)	284
IG Medien München	60	Österreichischer Gewerkschaftsbund ÖGB	84
GEW	24		
GEW Baden-Württemberg	120		
HBV	8		
HBV BV F/M	28		
GHK	30		
IG BAU	0		
ÖTV	20		
Hans-Böckler-Stiftung	4		
Solinet	20		
<u>Verbände / Server</u>			
BASIN	544	Well	27143

Comlink	342	Institut for Global Communications / Association for Progressive Information IGC/APC	23153
FoeBuD (Zerberus)	323	Greenpeace International	6288
Chaos Computer Club	274	English Server	5824
Greenpeace BRD	207	Politicsnow	3959
Wissenschaft plus Politik	194	Communications for a Sustainable Future CSF	2562
NADIR	175	Economic Democracy Information Network (EDIN)	1709
RADIKAL	160	Amnesty International	1561
Amnesty BRD	158	Federation of American Scientists (USA)	1428
Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung Fiff	155	Webactive	883
Peace and Conflict Studies PeaCon	143	Computer Professionals for Social Responsibility (USA)	401
Woman.de	63	Stormfront (fasch. USA)	57
Junge Welt	50	Nationale Allianz (fasch. USA)	13
Kommune	39		
BUND (Berlin)	31		
THULE (fasch. Netzwerk)	27		
Europ. Bürg.forum (fasch.)	20		
ProAsyl	17		
<u>Vergleichbare Sites aus anderen Bereichen</u>			
Der Spiegel	3007	Netscape	74875
Dino-Suchmaschine	2573	Microsoft	55472
Focus	2225	Wired	31952
Stern	2018	Yahoo	27182
Verzeichnis dt. WWW-Angebote (Berlin)	2059	Pathfinder (Time-Warner)	22618
Verzeichnis dt. Datenquellen (Karlsruhe)	2052	Sportszone	13339
Daimler-Benz	1451	American Online AOL	10779
Deutsche Bank	1241	New York Times	10856
TAZ	1147	Kongressbibliothek (USA)	6454
Die Zeit	881	Weltbank	5384
ARD	564	Vatikan	3708
DIHT	326	Internet Society	1998
		Virtuelle Bibliothek (CERN)	1937
		Unita	936
		Il Manifesto	912

Recherche Infoseek 8.2.1997

Die politisch bedeutungsvolle technische Logik des Hypertextmechanismus wird durch die spezielle Funktionsweise der mittlerweile etablierten Orientierungsprozeduren massiv gestützt.

Während bis 1994 Kataloge, virtuelle Bibliotheken, Verzeichnisse, Führer und den Browsern beigegebene Sammlungen zur Benutzerführung das dominierende Orientierungsmittel auf dem Netz waren, haben ihnen seitdem die weit ausgreifenden Suchmaschinen völlig den Rang abgelaufen. Diese Navigatoren im politischen Raum nutzen Softwareagenten (Spider), um eine Netzadresse nach der anderen aufzusuchen. Eine Reihe dieser Maschinen, schreibt ein Beitrag in Internet World vom Mai 1996, "analysieren zunächst die Adressen des Datensatzes um zu ermitteln, welche Sites am populärsten sind (typischerweise, indem sie die Anzahl der Links ermitteln, die auf die fraglichen Sites verweisen). Dann schicken sie Programme aus um Informationen nur über diese Sites zu erfassen". Ein Beispiel ist die Excite-Suchmaschine, die ca. 50 Millionen Webdokumente indiziert hat: "Die Maschine versucht nicht, alle Web-Seiten zu sammeln, sondern sie baut eine Schätzung der populärsten Seiten auf, indem sie die Links erfasst, die auf Seiten liegen, die bereits als bekannt seien." Auch die Suchmaschinen Lycos oder Web Crawler arbeiten so. Wer nicht genug Links hat, bleibt unsichtbar - es sei denn, er meldet sich an.

Die netzweltliche Verdoppelung realgesellschaftlicher Ungleichheit, die zentrumsfavorisierende Programmlogik des Hypertextes und die Verstärkungseffekte der Suchmaschinen sind Hürden, die bewältigt werden müssen, wenn das Netz als Medium und Ort von Demokratiepoltik genutzt werden soll.

3.5. Politik im Informationsraum

Doch es geht nicht nur um die politisch-technische Logik des WWW, sondern um die Möglichkeit von Politik im Informationsraum selbst. Cyberspace sei eine „nie-endende weltweite Unterhaltung“ schrieb der Federal Court im amerikanischen Philadelphia in seinem Urteil zum Communications Decency Act vom Juni 1996²⁴. Die öffentliche Rede als konstituierendes Element der bürgerlichen Öffentlichkeit ist nun kein Selbstzweck, sondern substantielle Begründung von Volkssouveränität. Es geht darum, "daß die unbehinderte Rede der Bürger von sich aus zu einem Verfahren finde, zu einem Prozeß. Der Prozeß, in dem sich die Vernünftigkeit des Streites immer deutlicher offenbare, dränge am Ende zum Urteil, zur Entscheidung, in der sich die *volonté générale* herstellen müsse. Öffentlichkeit wird also dazu gebraucht, die vagen und vorurteilvollen Meinungen der Privatleute zum Beschluß, zum Gesetz zu führen...Dieser Zweck," kritisierte Claus Koch, „steht gerade nicht dem Internet eingeschrieben.“²⁵ Wieso ist im Informationsraum die Bildung eines allgemeinen Willens, seine Äußerung in einer Entscheidung und deren Durchsetzung nicht möglich? Wie soll denn die politische Ordnung und die Ordnung der Politik im Cyberspace entstehen? Wie also funktioniert Politik im Cyberspace, wo, wer sich dort bewegt, ununterbrochen die widersprüchliche Doppelerfahrung der Grenzenlosigkeit und der ständigen Präsenz von Grenzziehungen und fragmentierten Öffentlichkeiten macht?

Im Cyberspace gibt es Grenzziehungen, die im Vergleich zur realen Welt ganz unschwer gezogen werden können: durch Namensgebung (Domain-System) und Clusterbildung von Adressen, spezielle Paßwörter, Eintrittsgebühren oder, vor allem, Softwareprotokolle ("Das Internet ist Software" - Ethan Katsh). „Das“ Internet besitzt „kein Konzept des „öffentlichen Raums“, obwohl es ein starkes Gefühl für Gemeinschaft besitzt. Anders als die Straße, die von allen als etwas Gemeinsames angesehen wird, gehört jedes Stück virtuellen Bodens im Cyberspace jemandem und jeder Eigentümer nutzt sein Recht, um von Besuchern eine Identifikation zu verlangen.“²⁶ Daraus ergibt sich, daß Inhalte oder Verhaltensweisen, die in einem Informationsraum akzeptiert und möglich sind, im nächsten nicht gelten. Doch die Grenzen in dieser „unermesslichen Immobilie“ (Wesemann) sind durchlässig, umgehbar, zeitweilig - also relativ. Entscheidungen, die Machtverhältnisse in einem gegebenen Informationsraum regulieren, kann sich der Netizen entziehen, indem

- er schweigt,
- eine neue Identität annimmt,
- sich anonymisiert
- einen neuen Informationsraum nach seinem Gusto aufmacht
- oder den virtuellen Raum verläßt.

Eintrittskosten und Austrittskosten sind gering. Während in der wirklichen Staatenwelt die Realisierung politischer Zielsetzungen wie auch die Rechtsdurchsetzung letztendlich auf die Fähigkeit zur Ausübung physischer Gewalt bauen können, ist im

²⁴ U.S. District Court for Eastern District of Pennsylvania, Civil Action No.96-1458, June 11, 1996.

²⁵ Koch, C., Letzte Nachricht von der Öffentlichkeit, Kursbuch 125, Reinbek 1996, S. 160. Vgl. auch Maresch, R.: (Hrsg): Medien und Öffentlichkeit, München 1996

²⁶ Thompson, B., Watching the virtual detectives, in: .net 8 (Juli 1995), S.21.

Informationsraum die Durchsetzungsfähigkeit, also Gültigkeit der Regeln und Normierungen auf Zustimmung angewiesen; sie kann nicht mit Zwang sanktioniert werden. Sanktionen verbleiben symbolisch. Es ist also sehr zweifelhaft, daß der Netzraum ein Platz für zwingend folgenreiche Entscheidungen ist, denen sich die Betroffenen nicht entziehen können: „Abwanderung“ (Hirschman), Exit ist möglich, das Netz hat - im Unterschied zum realen Staat - immer einen Ausgang. Insofern ist es kein Mittel oder Ort der Entscheidung. Natürlich findet im Netz durchaus Politik statt. Politische Anbieter, Mailing-Listen, Sites, Chats, Zensur, Allianzen, Aktionen, Unterschriftenlisten, Petitionen, Wahlen usw. - alles ist zu finden und noch viel mehr. Doch das alles hat mit Kampf um Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit, mit politischer Meinungs- und Willensbildung - also auch mit Entscheidungsvorbereitung oder -konfiguration zu tun. Nicht aber mit Wahl, Entscheidungsfällung und wenig mit ihrer Implementierung²⁷.

4. Internet und politische Demokratie

4.1. Informationsgesellschaft ohne Politik

Zumindest hierzulande verwandelt der Cyberspace angeblich alles - nur nicht die Politik. Eine Analyse der zahlreichen Konzept-, Strategie-, Planungs- und Programmpapiere, die seit 1993/4 von der Bundesregierung oder verschiedenen EG-Einrichtungen publiziert wurden²⁸, ergibt, dass mögliche Transformationen des politischen Systems durch die Entwicklung des neuen Massenmediums und Informationsraums Netz nicht thematisiert, entpolitisiert oder kritisiert werden:

- a) Im September 1994 befasste sich erstmals der Gesprächskreis für wirtschaftlich-technologische Fragen der Informationstechnik (Petersberg-Kreis) unter Leitung des BMWi, BMBF und des BMPT mit dem Thema "Informationsgesellschaft" und beschloss zwei Arbeitsgruppen hierzu, die, dann weiter differenziert, einzelne Arbeitsfelder bearbeiteten. Das Thema "Demokratie" war nicht dabei. Es kam auch nicht vor in dem BMBF-Diskussionspapier „Informationsgesellschaft - Chancen, Innovationen und Herausforderungen“ (Mai 1995) und im zentralen Textband des

²⁷ S. etwa die umfangreiche Diskussion über „Cyberlaw“ bei: National Academy of Sciences Conference: Rights and Responsibilities of Participants in Networked Communities, Washington 1994, URL: www.nap.edu/readingroom/books/rights/content.html; Oberding, J.M., Terje Norderhaug, T., A Separate Jurisdiction For Cyberspace? in: Journal of Computer-Mediated Communication 1/1996 (URL: jcmc.mscc.huji.ac.il/vol2/issue1/), wonach das Internet ein Netzwerk von zahllosen Gruppen darstelle, die zwar intern gemeinsame durchsetzungsfähige Regeln erstellen, ein allgemeiner, gruppenübergreifender Konsens als Voraussetzung für ein umfassendes Netzrecht sei jedoch nicht möglich. Eine rechtliche Regulierung des Netzes müsse daher von außerhalb implementiert werden; vgl. dazu Ludlow, P. (Hrsg.), High Noon on the Electronic Frontier. Conceptual Issues in Cyberspace, Cambridge Mass. 1996 und Leeson, L.H. (Hrsg.), Clicking In. Hot Links to a Digital Culture. Seattle 1996. Wenig beachtet wird, dass eine äußerst relevante Spielart solcher Gruppen unternehmensinterne Intranets sind, die innerorganisatorische Kommunikationsverhältnisse abbilden und deren Grenzen daher den „Container“ wirklicher Verhältnisse betrieblicher Machtausübung widerspiegeln; sie sind ein Versuch, das „Exit“-Problem zu lösen. Vgl. weiterhin Johnson, D.R., Post, D.G., And How Shall the Net Be Governed? (1996), URL: www.cli.org/emdraft.html; Post, D.G., Anarchy, State and the Internet: An essay on law-making in cyberspace; in: Journal of Online Law 1/1995 (URL: www.law.cornell.edu/jol/post.html); Gillett, S.E., The Self-Governing Internet: Coordination by Design, Harvard 1996, URL: ccs.mit.edu/CCSWP197.html; Zum Problem der Durchsetzung von Entscheidungen im Cyberspace siehe u.a. Johnson, D.R., Post, D.G., Law And Borders--The Rise of Law in Cyberspace; in: Release 1.0 (Juni 1996), (URL: www.cli.org/X0025_LBFIN.html); Johnson und Post sind Leiter des Cyberspace Law Institute und plädieren für ein eigenes Cyberspace-Recht; Ishii, K.: Regularien im Internet, Diplomarbeit TU Berlin, Oktober 1995. Häufig auch der z.B. bei Gould, M., Governance of the Internet - a UK perspective (1996), (URL: info.bris.ac.uk/wmdcg/) zu findende Verweis, dass das Repräsentationsproblem unlösbar sei: wie kann die Wählerschaft im Informationsraum bestimmt werden?

²⁸ Regierungsoffizielle Dokumente sind gesammelt in den Files zur „Netzanalyse“ des „W plus P“-Katalogs.

BMWi zum Thema „Informationsgesellschaft“ (1995). Das Papier des Rates für Forschung, Technologie und Innovation vom Dezember 1995

„Informationsgesellschaft. Chancen, Innovationen und Herausforderungen“ handelt die Politikfrage auf einer von 60 Seiten ab. Im zusammenfassenden Programmdokument „Info 2000: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ der Bundesregierung endlich taucht auf S. 85 in einem älteren Schaubild das Wort von der "politische Partizipation" auf - und gleich wieder ab. Nicht einmal die Agenda der im Herbst 1996 in Bonn gestarteten großen Dialog- und Akzeptanzoffensive „Forum Info 2000“ bearbeitet die Demokratiefrage und die zukünftige Rolle der Politik in der Informationsgesellschaft.

- b) Der mögliche Wandel der Politik wird als ein unpolitisches Problem der Verwaltungsrationalisierung dargestellt, bei der es um "bürgernahe" Verwaltungen mit "dialogischen" Benutzerschnittstellen zum Bürger geht, vor allem aber um vernetzte, schlanke, effiziente und optimierte Verwaltungssysteme.
- c) Schließlich wird die neue Netztechnologie als Bedrohung des parlamentarischen Modus indirekter Demokratie begriffen: es dürfe, so heißt es, keine Infragestellung der repräsentativen Demokratie durch Ausbau der sog. direktdemokratischen Technik geben; nur durch sachlich begrenzte Beteiligung auf ausschließlich kommunaler Ebene könne Politikverdrossenheit abgebaut und damit Legitimation gefördert werden²⁹.

Elektronische Kommunikation gilt hier als neues Medium politischer Akzeptanzbildung durch den Ausbau bloß konsultativer-dialogischer Elemente.

Ganz anders auf europäischer Ebene der Bericht Eine europäische Informationsgesellschaft für alle, der politische Kommunikation nicht nur als Frage des Zugangs bzw. der Verteilung und Sicherung von Informationen und des konsultativen Feedbacks versteht, sondern auch die komplizierte Frage nach der Veränderung von politischen Entscheidungsprozessen, der "unmittelbaren Referendumsdemokratie" aufwirft³⁰. Tatsächlich läßt sich von einer substantiellen, elektronisch vermittelten

²⁹ S. Rüttgers, J., Politikfähigkeit medial bestimmter Demokratien, Vortrag auf der Tagung der Alfred-Herrnhausen-Gesellschaft, Frankfurt 1995: "Hingegen kommt die Verlagerung von Entscheidungsmacht auf die Träger von Plebisziten einer bewußten Entparlamentarisierung und damit Schwächung der Funktions- und Integrationsfähigkeit des Parlaments gleich. Kreist erstmals das plebiszitäre Damoklesschwert über den Köpfen der Parlamentarier, dann ist es mit ihrer Entscheidungsfreiheit nicht mehr weit her." So reserviert dann auch im ersten Agenda - Setting - Papier der dem Bundeskanzler beigeordnete Rat für Forschung, Technologie und Innovation, Informationsgesellschaft. Chancen, Innovationen und Herausforderungen, Bonn 1995, S. 48f.: "Einerseits wird die repräsentative Demokratie in Frage gestellt, wenn jeder Bürger sich im Prinzip unmittelbar an der politischen Willensbildung beteiligen kann. Andererseits kann und darf die quasi "direktdemokratische Technologie" die institutionellen Einrichtungen der Demokratie zur immer komplexer werdenden Entscheidungsfindung und den politischen Diskurs nicht ersetzen. Dies schließt allerdings die direkte Beteiligung der Bürger an Entscheidungen klar umrissener Fragestellungen insbesondere auf kommunaler Ebene nicht aus...Zu bedenken ist auch der bewiesene Umstand, daß über das Wählen hinausgehende Formen politischer Beteiligung nur von bestimmten Teilen der Bevölkerung genutzt werden. Dies kann das Grundprinzip der demokratischen Gleichheit gefährden...Die dargestellten Entwicklungen sollten nicht als Gefahr, sondern als Chance betrachtet werden, den Bürger mehr als bisher in den politischen Diskurs und die politische Verantwortung einzubeziehen; in erster Linie auf kommunaler Ebene. Sie können zu mehr Akzeptanz der politischen Entscheidungen führen und möglicherweise helfen, Politikverdrossenheit abzubauen. Allerdings kann und darf diese Art der Kommunikation auch in Zukunft den institutionalisierten Diskurs der repräsentativen Demokratie nicht ersetzen." Vgl. Bulmahn, E. u.a. (Hrsg.): Informationsgesellschaft * Medien * Demokratie, Marburg 1996; Rilling, R., Eternet, in: Ahrweiler, G., Rilling, R., Schellhase, R. (Hrsg.), Soziologische Ausflüge, Opladen 1997.

³⁰ Gruppe hochrangiger Experten: Eine europäische Informationsgesellschaft für alle. Zwischenbericht, Brüssel 1996, S.89: "Anders als der öffentliche Raum der Agora könnte die "elektronische Agora" die Ungleichheit verstärken, da der Zugriff auf IKT nicht allen Bürgern im gleichen Maße möglich ist. Viele soziale Gruppen werden sich an Volksabstimmungen per Computer gar nicht beteiligen können, da sie nicht über die erforderlichen technischen Geräte oder Kenntnisse verfügen. Dies gilt vermutlich in erster Linie für einkommensschwache, minderqualifizierte oder ältere Bürger. Ihnen droht dabei nicht nur der faktisch Ausschluß von der Stimmabgabe, sondern auch die Verschlechterung ihrer sozialen Lage, da ihre Meinung immer weniger berücksichtigt wird und es somit langfristig zu

Demokratisierung des politischen Systems einer zukünftigen Informationsgesellschaft erst dann sprechen, wenn die staatsbürgerlichen Entscheidungsprozesse (Wahl, Abstimmungen) über Personen und Sachen tangiert werden. Die normativen Anforderungen an solche Prozesse sind durchaus technisch umsetzbar³¹. Damit solche Entscheidungsakte nicht nur direkt, frei und geheim, sondern auch gleich und allgemein vor sich gehen, müssen alle Wahl- und Abstimmungsberechtigten eine entsprechende elektronische Infrastruktur zur Verfügung haben (Universaldienst) und mit ihr umgehen können (Zugangs- und Verschaffungsrecht für elektronische Informationen und Qualifikation). Weder die bundesdeutschen Regierungskonzepte noch die EG-Programmpapiere und Planungen zur Informationsgesellschaft entwickeln Utopien oder Szenarien einer technikgestützten politischen Demokratie der zukünftigen Informationsgesellschaft. Konkrete Vorschläge und Handlungsorientierungen zur Gestaltung des zukünftigen politischen Systems der Informationsgesellschaft fehlen.

4.2. Die Krise der Repräsentanz

Wenn - wie Wolfgang Coy es entwickelt hat - die Informationsgesellschaft der Name für das Ende der Neuzeit ist, bezeichnet sie dann nicht auch das Ende der neuzeitlichen Demokratie bürgerlicher Moderne?³² Infrage gestellt wäre dann die moderne Demokratie als Form politischer Herrschaft, deren Aufgabe es war, politisch zu integrieren, was gesellschaftlich gegeneinander stand, da es ökonomisch in unauflösbare Widersprüche gesetzt war. Dafür haben politische Organisationen und Institutionen wie auch die im letzten Jahrhundert erfundenen Massenmedien neben anderen zwingend die Funktion der integrativen Verarbeitung der Konflikte aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Diese Aufgabe der Massenmedien, politische Integration zu reproduzieren, realisieren sie, indem sie zugleich eine zentrale Errungenschaft der politischen Moderne sukzessiv vernichten, für die im politischen Alltagssprachgebrauch seit einigen Jahren der Begriff der Zivilgesellschaft verwandt wird. Massenmedien organisieren Zivilgesellschaft - viel mehr aber noch vernichten sie diese. Die zentrale politische Innovation des 19. Jahrhunderts war die Massenorganisationen der Arbeiterbewegung - Partei und Gewerkschaft als Repräsentanz der neuen Klasse. Diese politische Repräsentanz basierte auf Gruppenidentität, auf deren Erfahrungshintergrund individuelle Entscheidungen getroffen wurden und Wahl, Mandat sowie Delegation Bedeutung hatten. Diese alte Kohärenz zerbricht. Das Resultat ist die Krise der politischen Repräsentanz, als deren Element Politikverdrossenheit, Gleichgültigkeit und Delegation einzelner politischer Mehrheitsentscheidungen oder dieses Verfahrens selbst gelten können. Am amerikanischen Beispiel hat jüngst Robert

einer technologischen Entrechtung kommt."Kritisch Wolf, F.O. (Hrsg.), Cyberflash. Cybercash. Cybercrash. Informationsgesellschaft. Perspektive für Europa? Bonn 1996

³¹ Vgl. Burkert, Elektronische Demokratie": „Nur die, die autorisiert sind, dürfen entscheiden. Jeder darf nur einmal pro Vorgang stimmen. Niemand kann feststellen, für wen oder was jemand anders abgestimmt hat. Niemand kann die Entscheidung eines anderen duplizieren. Niemand kann die Entscheidung eines anderen verändern, ohne aufzufallen. Jeder kann feststellen, dass seine Stimme in das Entscheidungsergebnis eingegangen ist. Und gegebenenfalls: Jeder kann feststellen, wer sich an der Entscheidung beteiligt hat. Diese Funktionen sind nach dem gegenwärtigen Stand der Informations- und Kommunikationstechnik technisch umsetzbar. Die eingesetzten Verfahren beruhen dabei auf Techniken der Verschlüsselung, die sogenannte asymmetrische Schlüssel nutzt.“ Die Teilnehmeridentität wäre durch biometrische Verfahren zu sichern, wo z.B. der Fingerabdruck des Berechtigten eine elektronische Chipkarte aktiviert. Vgl. auch Bullinga, M., Decision-Maker/Teledemocracy. Dutch Model for Teledemocracy via Internet (1996) URL: www.xs4all.nl/~roesderz/english/teledemo/index.html. Dass derlei Pushbutton Democracy für sich genommen die wahlpolitische Abstraktion von den wirklichen materiellen Verhältnissen geradezu vollendet, die einer halbierten, die Wirtschaftsdemokratie ausklammernden politischen Demokratie innewohnt, ist eine naheliegende Annahme.

³² Vgl. Ingrao, P., Rossanda, R., Verabredungen zum Jahrhundertende. Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken, Hamburg 1996, S.41-44

Putnam anhand umfangreichen empirischen Materials - Vereinsmitgliedschaften, Zeitungsabonnements, Wahlverhalten usw.- gezeigt, daß es einen langandauernden Rückzug der Amerikaner aus dem gesellschaftlichen und öffentlichen Leben gibt. Die "public person", der "citizen", das "zoon politikon" verschwindet. Wer ist der Hauptverdächtige? Es ist, so Putnam, das Fernsehen: betrachte man das Zeitbudget, dann habe das Wachstum des TV-Konsums in den USA zu einem Viertel bis zur Hälfte beigetragen zum Rückgang gesellschaftlicher und öffentlicher Tätigkeiten und zur Privatisierung der individuellen Zeit³³.

Wenn das Leitmedium der auslaufenden modernen Industriegesellschaft - das Fernsehen - wesentlich zur Zerstörung der public person beigetragen hat, warum sollte dann das Netz als mediale Kernstruktur der neuen Informationsgesellschaft ausgerechnet eine Revitalisierung der Demokratie bzw. politischen Öffentlichkeit bewirken - und nicht vielmehr eine Vollendung dieses Prozesses der Bildung privat existierender Individuen durch virtualisierte und elektronisch mediatisierte politische Kommunikation, die das Beurteilen von Wirklichkeit weitaus schwieriger und riskanter macht als nicht-elektronische Kommunikationsformen? Ein Netz, dessen Propagandisten heute schon feiern, daß mit seiner Hilfe der Kunde von selbst direkt zum Konzern kommt, sich alles, was er braucht, mit Netz-Card herunterlädt und dazu weder Gewerkschaft, Verbraucherverein oder die SPD braucht. Der direkte Zugriff vom Netzkonzern zum Kunden - das ist der Markt ohne Friktionen, von denen Bill Gates in seinem Buch sprach und das ist die politische Netzstruktur des elektronischen Leaderismo, den Berlusconi mit dem alten Medium vorgemacht hat und der als Ermächtigung des Individuums in der politischen Netzwelt von Netzgurus wie Esther Dyson gefeiert wird³⁴.

4.3. Demokratiepolitische Stichworte

1. Das Netz ist kein Ort demokratischer politischer Entscheidungen, aber ein Ort der Kommunikation, ohne die Entscheidungen undemokratisch und ineffektiv sind. Das Netz muß als Raum der zweckgerichteten, nämlich entscheidungsvorbereitenden interaktiven Kommunikation zur Interessenrepräsentation genutzt werden.
2. Die Repräsentationskrise der Moderne begünstigt populistische Politik, den Leaderismo, wo das Netzindividuum scheinbar direktdemokratisch und unter Umgehung der intermediären Organisationen, wie der Gewerkschaften unmittelbar im Kontakt steht mit politischen Führungsintallationen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: das politische Individuum steht - ohne kollektive Schutzrechte, Filter, Willensverstärker - dem Machtcluster des Leaders gegenüber. Notwendig ist, daß intermediäre Organisationen wie die Gewerkschaften, Initiativen usw. die Interessen ihrer Mitglieder im Netz repräsentieren und dabei eine Form der demokratischen - z.B. dezentralen - Organisation, Bildung und Repräsentation der individuellen Interessen erarbeiten. Das Netz ist im Unterschied zu den anderen Medien, eine dezentrale Assoziationstechnologie.

³³ Putnam, R.: The Strange Disappearance of Civic America; in: The American Prospect (24) 1996. URL: epn.org/prospect/24/24putn.html.

³⁴ Typisch Esther Dyson vom Vorstand der Electronic Frontier Foundation in Wired (Juni 1994): "Organisierte politische Parteien werden nicht mehr gebraucht, wenn offene Netzwerke es ermöglichen, dass sich die Leute ad hoc selbst organisieren, statt in irgendeiner rigiden Gruppe festzuhängen." Diese Vision der Entwertung der Macht intermediärer Organisationen ist Kernbestandteil der libertären wie auch rechtspopulistischen Cyberspace-Rhetorik, welche so die Wiedereinsetzung der Identität von Herrschenden und Beherrschten verspricht. Mazzoleni, G.: Towards a "Videocracy"? Italian Political Communication at a Turning Point, in: European Journal of Communication 3/1995 S.291-319.

3. Die Netze der Zukunft werden weit differenzierter sein als heute und eines ist sicher: die Steuerung der Zugänge und Nutzung über das Medium Geld wird eine weit wichtigere Rolle spielen als heute. Was es umsonst gibt, soll wertlos werden oder sein. Es ist demgegenüber notwendig, öffentliche, kostenlose oder billige Räume mit hochwertigem Inhalt zu sichern. „Wenn Geldautomaten an jeder Straßenecke aufgestellt werden können“, fragte jüngst Patricia Mazepa, „warum dann nicht auch öffentliche Netzterminals?“³⁵

4. Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen, kleine Verbände oder Betriebsräte werden kein Eigentum an Maschinen, Netzen, Kanälen und Kabeln erwerben können. Wie können sie Aufmerksamkeit auf sich lenken, sichtbar werden? Nicht als User, sondern nur als „Content-Provider“ und „Cyberspace-Megaphon“³⁶ der Nöte, Wünsche und Interessen ihrer Mitglieder. Das wäre die netzpolitische Hauptaufgabe solcher Organisationen.³⁷

5. Großorganisationen wie die Gewerkschaften mit einer Tradition breiter Dienstleistungen für viele Lebens- und Arbeitsbereiche sind im Prinzip ausgezeichnet dafür disponiert, zielgruppenspezifisch auf dem Netz zu operieren und Spezialmärkte für Individualkommunikation abzudecken. Dazu müssen sie Information Broking entwickeln, Netzmarketing betreiben und komplexe Querschnittsmedienpolitiken zur politischen Mobilisierung entwickeln. Um welchen Inhalt geht es dabei? Erfahrungs- und Praxisräume, die in unserer Gesellschaft mit kulturellen, rechtlichen oder ökonomischen Mitteln tabuisiert, unterschlägt, unsichtbar gemacht oder zum Schweigen gebracht werden - diese Praxen und die daran geknüpften Interessen müssen sichtbar gemacht werden. Die Kosten- und Verbreitungsvorteile des Netzmediums machen dies vergleichsweise leicht.

6. Die demokratiepolitische Qualität des Netzes entsteht aus der demokratischen Konfiguration seiner technischen Architektur und setzt eine demokratische politische Kultur im wirklichen Leben voraus. Demokratische Netzpolitik kann kein Interesse daran haben, geschlossene Netzräume zu konfigurieren, sondern muß - der Logik des Netzes folgend - offene Angebote bauen, sichtbare Allianzen schließen, solidarische Positionen aufbauen: durch transparente Zitier- und Verweispolitiken, arbeitsteilige Informations-, Diskurs- und Visualisierungspolitiken, kooperative Themenlancierung in fragmentierten Öffentlichkeiten usw. Es geht also um den Aufbau offener Netze: offene Netze und offene Politik bedingen sich - schon aus dem einfachen Grund, weil suprastaatliche, deterritorrialisierten Unternehmensnetzwerke der Zukunft die neuen identitätsbildenden Arbeits- und Berufsorte sein werden, in denen Allianzen gerade mithilfe elektronischer Kommunikation und Organisation gebildet werden müssen. Das heißt natürlich nicht, dass die Inhalte beliebig werden. Der amerikanische Stadtsoziologe Manuel Castells hat im März 1996 auf einer Diskussion am MIT bemerkt: "Ein Drittel oder ein Viertel der US-Bevölkerung ist nicht nur arm, ausgebeutet oder depressiv, sondern einfach irrelevant. Wer ausgebeutet ist, "sagt Castells, "hat eine soziale Beziehung und Bedeutung. Du weißt, mit wem Du es zu tun hast. Wenn Dich ein anonymes Netzwerk marginalisiert - wo ist dann der Sinn?"³⁸ Die grenzenlose -

³⁵ Mazepa, P.: The Structure and Agency of the Internet: A Question of Hegemony, Carleton 1996 URL: <http://www.indelta.com/working/maz96.htm>.

³⁶ Der Begriff stammt aus NAS, Rights and Responsibilities, Kap.8. Empirische Unterstützung hierfür bei Anderson, R.H. u.a., Universal Access to E-Mail: Feasibility and Societal Implications, Santa Monica 1995 oder Wetzstein, Th. A. u.a., Datenreisende. Die Kultur der Computernetze, Opladen 1995

³⁷ Warum gehört - um mit dem Einfachsten (!) zu beginnen - nicht zum Erwerb der Partei- oder Gewerkschaftsmitgliedschaft das Angebot, auf einem Hausserver kostenlos eine Home-Page einzurichten und Beratungsdienste zur Aneignung der entsprechenden Medienkompetenz beanspruchen zu können? Eine Zuverlässigkeitsbeglaubigung besonderer Art gibt es dann: die Information kommt direkt aus der Quelle und nicht von CNN, Reuters oder dpa.

³⁸ URL:globetrotter.berkeley.edu/faculty/Castells.html.

"anonyme" -Netzförmigkeit der zukünftigen Arbeits- und Kommunikationsweisen wird mehr denn je solidarische Diskussion, Beratung, Bildung, sinnhafte Orientierung über die wirkliche Gesellschaft erfordern, in der wir leben und die Interessen, mit denen wir es zu tun haben.